

Gefahren auf der Flucht: Die europäische Festung und die Auslagerung des Grenzschutzes

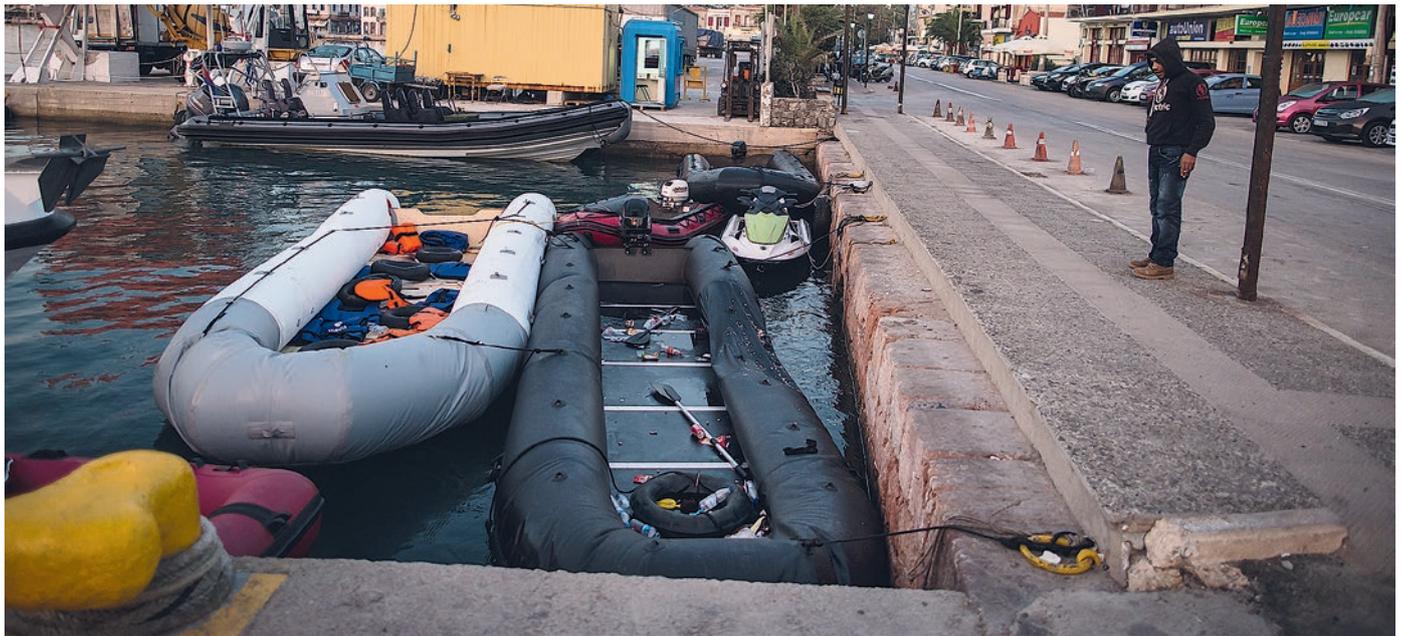
Immer mehr Menschen suchen Zuflucht in Europa - gleichzeitig aber verschanzt sich Europa hinter neuen Mauern und Zäunen. Engmaschiger, messerscharfer Stacheldraht, Radarüberwachung, Sperrzonen, Satellitenaufklärung, Kriegsschiffe, Polizei- und Grenzschutztruppen schotten unseren Kontinent ab. Diese Grenzschutzpolitik zwingt Schutzsuchende auf lebensgefährliche Fluchtrouten. Und sie nimmt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. Schutzsuchende und Migranten werden zusätzlich schon weit vor den europäischen Außengrenzen an der Flucht gehindert und gegen ihren Willen und oft unter unmenschlichen Bedingungen festgesetzt.



Mit Stacheldraht, Zäunen und schwerem militärischen Gerät wird Schutzsuchenden der Zugang zur EU verwehrt.

Europas Migrations- und Fluchtabwehr beginnt längst nicht mehr an den eigentlichen Grenzen, sondern bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten: in vielen afrikanischen Staaten, im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Osteuropa. Obgleich in den Vereinbarungen mit Staaten

in diesen Regionen von einem „Diskurs auf Augenhöhe“ gesprochen wird, sind Länder wie Tunesien, Marokko, Ägypten oder Albanien wirtschaftlich und politisch abhängig von der Europäischen Union. Sie erhoffen sich für ihre Kooperation bei der Migrationskontrolle finan-



Die Flucht über das Mittelmeer in Schlauchbooten wie diesen hat das Mittelmeer längst zu einem Massengrab für Schutzsuchende werden lassen.

zielle Gegenleistungen und bessere Beziehungen zur EU.

In den meisten Anrainer-, Herkunfts- und Transitstaaten investieren die Europäische Union und einige Mitgliedstaaten in die Aufrüstung der Sicherheitsapparate - angesichts der oft autoritären Regierungen ein für die Schutzsuchenden riskantes Spiel. Denn Misshandlungen und Willkür durch die Polizei- und Sicherheitsbehörden gegenüber Schutzsuchenden sind dort bereits an der Tagesordnung. Menschenrechtliche Mindeststandards werden missachtet, vor allem für Asylsuchende und Flüchtlinge gibt es oft keine Rechte und Regelungen.

Die EU muss ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und darf ihre Asylverantwortung nicht an Unrechtsregime oder schwache Staaten abgeben. Schutzsuchende dürfen weder vor den Grenzen abgefangen („pull-back“) noch an den Grenzen zurück in Gefahr gezwungen werden („push-back“). Das Verbot solcher Operationen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention wird nicht nur vor der türkischen Küste regelmäßig ignoriert. In

Ägypten und Tunesien werden Flüchtlinge nach Zurückweisungen inhaftiert oder abgeschoben.

Der ausgelagerte Grenzschutz wird besonders zynisch, wenn die Abhängigkeit der Drittstaaten von Entwicklungszusammenarbeit als Druckmittel missbraucht wird, Interessen der Migrationsabwehr durchzusetzen.

Massengrab Mittelmeer

Ohne legale Einwanderungswege nach Europa werden sich Menschen weiterhin kriminellen Schleppern anvertrauen und ihr Leben bei der Überfahrt nach Europa riskieren. Die Bilder und Berichte über das Massengrab Mittelmeer werden nicht enden und die Zahl der Toten wird weiter steigen. Neben Maßnahmen wie der Vergabe humanitärer Visa und Migrationsprogrammen braucht es dringend eine funktionierende zivile Seenotrettung. Militärische Missionen gegen Schlepperbanden auf See oder an Land gefährden Flüchtlinge hingegen nur zusätzlich, bringen sie jedoch nicht in Sicherheit.

Hotspots sind keine Lösung

Hotspots an den EU-Außengrenzen gibt es seit Ende 2015 in Italien und auf den griechischen

Inseln. Die Hotspots sollen dazu dienen, ankommende Schutzsuchende zu registrieren, zu identifizieren, Fingerabdrücke zu nehmen und zu befragen. Diejenigen, die Asyl beantragen, sollen direkt in ein Asylverfahren weitergeleitet werden; für die anderen wird die Rückführung koordiniert. Die Probleme sind jedoch offensichtlich. Vor allem die Hotspots in Griechenland sind überfüllt, die Aufnahmebedingungen sind menschenunwürdig, es gab vereinzelt Tote. Die Asylverfahren sind durch die Hotspots bisher nicht beschleunigt worden. Vielmehr warten viele Schutzsuchende in den abgeschlossenen Einrichtungen monatelang.

Die Einrichtung von Hotspots ohne eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik hat die derzeitigen Probleme nur in großem Maßstab institutionalisiert. Denn Flüchtlinge haben oft nicht das Wissen um ihre Rechte und noch viel weniger die Möglichkeit, auf ihrer Flucht in Registrierungsstellen oder in Notunterkünften Zugang zu diesen Rechten zu erhalten. Gegen Misshandlungen oder unrechtmäßiges Verhalten von Polizei- und Sicherheitskräften können sie sich kaum wehren. Allein die Strapazen der Flucht sind bereits lebensgefährlich, insbesondere für Frauen und Mädchen, Schwangere, Menschen mit Behinderungen, unbegleitete Minderjährige, sowie alte, kranke und traumatisierte Flüchtlinge.

Die Realität in den bestehenden Hotspots in Italien und Griechenland belegt bereits, dass die Umsetzung solcherart Konzepte die Rechtlosigkeit und Unsicherheit von Schutzsuchenden massiv verstärken. Auch deswegen müssen vergleichbare Pläne der EU, ähnliche Lager in nord- und westafrikanischen Ländern zu schaffen, strikt abgelehnt werden. Vor allem die griechischen Hotspots sind de facto Haftlager, in denen Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen auf unbestimmte Zeit ausharren müssen. Sie sind stark überfüllt, unsicher und unterlaufen klar humanitäre Standards. Die Umsetzung jedweder Lager weit jenseits der EU lässt weit schlimmere Zustände befürchten.

Auch viele rechtliche und praktische Fragen bleiben unbeantwortet, wenn Europa Lager in Drittstaaten errichtet und dort darüber entscheidet, wer einen Schutzanspruch geltend machen kann und wer nicht - ganz zu schweigen davon, dass die übrigen Mitgliedstaaten wenig bereit sind, Menschen in Not aufzunehmen, wie die Hotspots in Griechenland und Italien zeigen. Es darf weder hinter noch vor der europäischen Außengrenze Lager geben, in denen Schutzsuchende isoliert und de facto inhaftiert sind. Auch kann nicht in Schnellverfahren über ihre Schutzbedürftigkeit und Asyl entschieden werden. Bereits in den derzeitigen, viel kleineren Aufnahmestellen fehlt es seit Jahren an Transparenz und Rechtssicherheit.

Diakonie unterstützt Rechtsinformation für Flüchtlinge auf Chios

Mit dem EU-Türkei-Abkommen und der Grenzschließung auf der Balkanroute sitzen tausende Menschen in Griechenland und besonders auf den ägäischen Inseln oft ohne Information über ihre Rechte und die nächsten Verfahrensschritte fest. Viele der als Transitcamps geplanten Lager werden dauerhaft genutzt, obwohl sie dafür nicht ausgestattet sind - schlechte hygienische Bedingungen, große Enge und Perspektivlosigkeit sind die Folgen.

Die Diakonie Deutschland ist Kooperationspartner für ein Projekt der refugee law clinics abroad e.V. (rlc abroad) auf Chios. Ehrenamtliche



Freiwillige der rlc abroad aus Deutschland beraten auf Chios die 20 jährige Ghinwa, die aus Syrien fliehen musste.

Jurastudierende und Juristen beraten unter juristischer Supervision Geflüchtete, um sie über das Asylverfahren zu informieren und Anträge und Verfahren bei der innereuropäischen Familienzusammenführung zu begleiten. Das Team der *refugee law clinics abroad* arbeitet eng mit Anwälten und Organisationen in Griechenland und Deutschland zusammen, auch um strukturelle Probleme vor Gericht zu bringen.

Perspektiven für Gestrandete in Marokko

Schätzungen zufolge leben bis zu 40.000 Flüchtlinge und Migranten in dem Maghreb-Staat, gestrandet auf dem Weg nach Europa, gescheitert am europäischen Grenzzaun. Auch aufgrund ihrer Hautfarbe werden viele Migrantinnen und Flüchtlinge, ob sie sich legal im Land aufhalten oder nicht, von der lokalen Bevölkerung angefeindet und von der Polizei schikaniert. Für die Menschen auf der Flucht heißt das jahrelanges Warten unter prekären Bedingungen ohne Perspektive auf Verbesserung. Marokko ist vom Transitland zur Endstation der Migration und Flucht geworden. Brot für die Welt unterstützt ein Partnerschaftsprojekt der evangelischen Kirche in Marokko und dem Kirchenkreis Jülich, durch das Flüchtlingen - mehrheitlich Frauen - mit Mikrokrediten und Ausbildungskursen beim Aufbau einer eigenen Existenz geholfen wird.

Mit ihrer Arbeit verdienen sie genug Geld zum Überleben, sodass sie nicht auf Betteln, Diebstahl oder Prostitution angewiesen sind.

Außerdem betreibt das Projekt politische Advocacy-Arbeit, um die Rechte der Migrantinnen und Migranten in Marokko zu stärken und durchzusetzen. Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass Abkommen und sogenannte Mobilitätspartnerschaften der EU mit Drittstaaten nicht allein der Migrationskontrolle dienen, sondern Menschenrechtsschutz und die Interessen der Migranten im Blick haben. Denn bislang ist das Gegenteil der Fall. Für erhöhten Grenzschutz und die Flüchtlingsabwehr erhielten die Partnerstaaten bislang weder die in Aussicht gestellten Einwanderungserleichterungen ihrer Bürger in die EU noch wurden Projekte in nennenswertem Umfang realisiert, die Entwicklungspotentiale durch Migration stärken. Nur Saisonarbeiter und wenige Hochqualifizierte, deren Abwanderung zusätzliche Probleme schaffen kann („brain-drain“), profitieren von vereinzelten Einwanderungsprogrammen. Das Mobilitätsversprechen der EU bleibt damit uneingelöst, stattdessen wird mit den Mobilitätspartnerschaften zusätzliche Flüchtlings- und Migrationsabwehr über die europäischen Außengrenzen hinaus erkaufte.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Clara Bünger (S. 3), Hermann Bredehorst (S. 2), Thomas Lohnes (S. 1) **Autoren** Ansgar Gilster, Sophia Wirsching, Katharina Stamm **Redaktion** Maike Lukow, Eva Wagner **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, September 2017